

Preisbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe anzugeben. Redaktion: SW. 66, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 282-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Gesellschaft 9-5 Uhr. Verleger: Dörmann-Verlag, GmbH, Berlin SW. 66, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Polizei im Reichstag.

Die Kommunisten Höllein und Jaddasch durch Schupo-Beamte entfernt!

Haben die Deutschnationalen am Donnerstagabend einen über den Durst getrunken oder nicht? Das war die Frage, mit deren Erörterung die heutige Sitzung des Reichstags eröffnet wurde. Graf Westarp gab die feierliche Erklärung ab, daß an den Behauptungen der „Roten Fahne“, seine Parteifreunde gäben sich übermäßig dem Alkoholgenuss hin, kein Wort wahr sei, und es sei sofort Strafantrag gegen das kommunistische Blatt gestellt worden. Im übrigen versicherte der Graf, seine Fraktion werde alles tun, um die Würde des Hauses zu wahren. Höllein rief dem deutschnationalen Führer zu: „Es ist doch wahr!“ Reumann von den Kommunisten rief nach rechts hinüber „Lugner“, wofür er von dem Vizepräsidenten Graef zur Ordnung gerufen wurde. Damit war das Vorspiel des heutigen Tages zu Ende. Jedenfalls scheint die Freundschaft zwischen Deutschnationalen und Kommunisten nicht mehr so eng zu sein als zu jener Zeit, wo sie im preussischen Landtag den gemeinsamen Heldenkampf gegen das Kabinett Braun-Severing führten.

In der fortgesetzten Aussprache über das

Reichsbewertungsgesetz

nahm sich Genosse Heinrich Schulz mit besonderer Wärme der Angehörigen der freien Berufe an. Die Vorlage der Regierung hatte den Betrieb eines Gewerbes mit der Ausübung eines freien Berufes gleichgestellt. Beim Künstler sei nicht das Geldverdienenden das entscheidende Moment, sondern er folge seiner inneren Stimme. Es liege im Wesen des freien Berufes, daß seine Angehörigen sich nicht gern zu Organisationen zusammenschließen, um dort ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren. Bei ihnen komme die Persönlichkeitsleistung in Betracht und nicht die Massenerleistung. Wie bei den Künstlern der Persönlichkeitscharakter im Vordergrund steht, haben wir bei dem Streit Kolbe—Eberlein gesehen, beides hervorragende Künstler, aber doch mit verschiedenartigen Anschauungen.

Bei den

Bewertungsoortheile für das Gesamtvermögen

begründete Abg. Bülow (Soz.) einen sozialdemokratischen Antrag, wonach dem Bewertungsbeirat des Reichsfinanzministers je ein Vertreter des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe und der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisation angehören solle. Der Redner wies darauf hin, daß die kleinen Landwirte heute schon gegenüber den Großgrundbesitzern benachteiligt sind. Wir können irgend eine Steuerart nehmen, stets zeigt es sich, daß der kleine Landwirt im Verhältnis zum Großgrundbesitzer ganz erheblich härter herangezogen werde. Die Kommissionen, die durch das Gesetz geschaffen werden, würden genau so arbeiten wie die früheren Einkommensteueranlassungskommissionen. Schon jetzt übe der Landbund zugunsten des Großgrundbesitzes einen äußerst schädlichen Einfluß auf die Finanzämter aus. Führer des Landbundes treten in Versammlungen auf und fordern zur Sabotage der Steuerzahlung auf. Auch bei dem Reichsbewertungsgesetz sei wiederum die Möglichkeit für

Steuermogeln der großen Grundbesitzer

und zur Benachteiligung des kleineren Besitzes gegeben. Der sozialdemokratische Antrag suche Abhilfe dagegen zu schaffen.

Dr. Herx (Soz.): Der § 83 gibt dem Reichsminister der Finanzen mit Zustimmung des Reichsrates das Recht, Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz zu erlassen. Diese Bestimmungen haben eine besonders große Bedeutung, weil der Finanzminister nicht nur Verwaltungsverordnungen, sondern auch Rechtsverordnungen zu erlassen hat. Wir fordern daher in unserem Antrage, daß auch ein Ausschuss des Reichstages hinzugezogen werden soll.

In der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen des Gesetzes gab der Abg. Brünig (Z.) die Erklärung ab, daß bis zur dritten Lesung eine Fassung gefunden werden solle, die den Wünschen des sozialdemokratischen Antrages auf Hinzuziehung der Vertreter des Kleinbesitzes und der Arbeitnehmerorganisation entspreche. Daraufhin zog Genosse Dr. Herx den sozialdemokratischen Antrag bis zur dritten Lesung zurück.

Der sozialdemokratische Antrag für die freien Berufe wurde abgelehnt, dagegen die schwächere Fassung des deutschnationalen Antrages angenommen. Im übrigen wurde das Gesetz nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Bevor man die Beratung des Gesetzes zur Änderung der Verlehrssteuern und des Verfahrens kam, wozu als erster Redner Genosse Dr. Herx das Wort ergreifen sollte,

kam es wieder zu großen Tumulten.

Die Kommunisten beschwerten sich darüber, daß sie zu der heutigen Beratung des Kellerausschusses nicht rechtzeitig eingeladen worden seien, und sie beantragten deshalb, daß der Kellerausschuss sich noch einmal auf der Redezeit bei diesem Gesetz beschäftigen solle. Der Kellerausschuss hatte beschlossen, daß in der allgemeinen Aussprache 1/2 Stunden, zu den einzelnen Abschnitten je 15 Minuten von jeder Fraktion gesprochen werden solle. Der kommunistische Abg. Höllein behauptete nun, daß der Reichsfinanzminister und der Staatssekretär Popitz gestern mit den einzelnen Parteien gesprochen und ihnen eine schriftliche Aufstellung über die noch zu leistenden Arbeiten gegeben habe. Die Kommunisten seien dabei ebenso ausgeschaltet worden wie bei den heutigen Beratungen des Kellerausschusses. Die Abgg. Ruth Fischer und Stoeker hätten ihre Einladungen auf dem Grabenrand gefunden, während man sie beispielsweise dem Abgeordneten Müller-Franken ins Bett geschickt habe. Mit Pathos rief Höllein aus: „Sie können nicht verlangen, daß wir uns eine Hundsnase anschaffen.“

Bei der Abstimmung blieben die Kommunisten in der Minderheit, ihre Anträge wurden abgelehnt. Darüber gerieten sie in Wut und als Genosse Herx zu reden beginnen wollte,

überhäuften einige von ihnen, so Höllein und Jaddasch die Mitglieder der anderen Parteien mit den rohesten und wildesten Schimpfwörtern.

Der Vizepräsident Graef versuchte vergeblich die Ruhe wiederherzustellen. Auf Ordnungsrufe reagierten die Kommunisten nicht

mehr. Runmehr verkündete der Vizepräsident Graef, daß der Abg. Jaddasch aus der Sitzung ausgeschlossen sei. Da Jaddasch keine Miene machte den Saal zu verlassen, die Kommunisten ihren Lärm aber fortsetzten, hob der Vizepräsident die Sitzung um 1.20 Uhr für 10 Minuten auf.

Um 1.30 Uhr eröffnet der Vizepräsident die neue Sitzung. Abg. Stoeker (Komm.) macht den Versuch, sich zu Worte zu melden. Der Vizepräsident bedeutet ihm, daß er zunächst die geschäftsordnungsmäßigen Mitteilungen vorlesen werde. Graef stellt fest, daß der Abg. Jaddasch infolge seiner Weigerung, den Sitzungssaal zu verlassen,

auf 8 Tage ausgeschlossen

sei. Da er auch jetzt noch im Saale sich befindet, sei er nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung auf 20 Sitzungstage ausgeschlossen. Er mache ihn auf die weiteren geschäftsordnungsmäßigen Mittel aufmerksam und er würde bedauern, wenn er Brachialgewalt gegen ihn anwenden müßte, was bisher nur einmal gesehen sei.

Bei diesen Worten des Vizepräsidenten machen die Kommunisten ungeheuren Lärm, vor allen Dingen der Abg. Höllein. Vizepräsident Graef schließt den Abg. Höllein, weil er seinen Unordnungen keine Folge leistet, von der Sitzung aus. Höllein verläßt den Saal nicht.

Darauf vertagt der Vizepräsident die Sitzung um fünf Minuten. Inzwischen werden die Galerien geräumt.

Die Polizei im Saale.

Die neue Pause dehnt sich bis gegen 2 Uhr aus. In der Zwischenzeit bemüht sich Genosse Löbe, den Abg. Höllein zum Verlassen des Saales zu bewegen. Höllein ist aber ebenso wenig wie die anderen Kommunisten ruhigen Ermüdungen zugänglich. Gegen 2 Uhr eröffnet Vizepräsident Graef wiederum die Sitzung. Er stellt mit, daß Abg. Höllein, da er den Saal nicht verlassen hat, zunächst auf 8 und da er auch jetzt nicht hinausgeht auf 20 Sitzungstage ausgeschlossen sei. Höllein ruft dem Präsidenten zu: „Ich will, daß Sie die Henkersarbeit vollziehen.“

Der Vizepräsident ersucht nunmehr die Abgeordneten, hinauszugehen und auch die Pressetribüne zu räumen. Sodann erscheinen eine Anzahl Kriminalbeamte im Saal, die durch ihre Jugend auffallen. Jaddasch erklärt, daß er der Gewalt weiche und verläßt den Saal. Höllein ruft: „Raus mit den Kindern!“ Der Führer der Kriminalbeamten versucht Höllein durch Zureden zum Verlassen des Saales zu bewegen. Es entspinnt sich eine Auseinandersetzung zwischen Höllein und den Kriminalbeamten und als dann noch vier Schupo-Beamte in Uniform erscheinen, erklärt Höllein, daß er der Gewalt weiche und den Saal verlasse. Die anderen Kommunisten begleiten diesen Akt mit Absingen der Internationale.

Angriffe gegen den Reichstagspräsidenten. Fehrenbach, Westarp und Scholz müssen seine Objektivität bescheinigen.

Der Kellerrat des Reichstages trat heute schon in früher Morgenstunde zu einer Sitzung zusammen. Bei Beginn gab der Reichstagspräsident Löbe eine Erklärung ab, die das Folgende besagte:

Zwei Blätter der „Deutschen Volkspartei“ und zwei Blätter der Deutschnationalen Partei haben gestern den Vorwurf erhoben, daß der Fortgang der Geschäfte des Reichstags durch den Präsidenten Löbe gehindert werde, weil er eine lässige Geschäftsführung habe und sich nicht den Willen der Mehrheit zur Richtschnur nehme, also nicht die nötige Objektivität an den Tag lege, und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat auf angebliche Vorhaltungen hingewiesen, die im Kellerrat dem Präsidenten wegen mangelnder Wahrung der Würde des Reichstags gemacht worden seien.

Dazu erklärte er, daß, wenn auch nur die Möglichkeit bestünde, daß Teile des Reichstags oder gar die Mehrheit sich diese Meinung zu eigen machen, er noch in derselben Stunde bereit sei, dieses Hindernis aus dem Wege zu räumen. Er sei als Präsident zur Wahrung der Geschäftsordnung sowohl gegenüber der Mehrheit wie der Minderheit verpflichtet und wolle seinen politischen Namen nicht aufs Spiel setzen, indem er die Vergewaltigung einer Minderheit versuche. Er würde dann lieber in die Reihen der Abgeordneten zurücktreten und die Weiterführung der Geschäfte einem Herrn überlassen, der eine andere Ueberzeugung habe.

Darauf ergriff der Abg. Fehrenbach (Z.) das Wort und erklärte, daß er als früherer Präsident ausdrücklich bescheinigen müsse, daß von einer Anzweiflung der Objektivität auf keiner Seite die Rede sein könne; die Vorwürfe seien durchaus ungerechtfertigt. Allerdings hätten sich auch beim Reichstagspräsidenten Löbe am Donnerstagabend Zeichen der Ermüdung gezeigt und er habe eine zu lange Geschäftsordnungsdebatte zugelassen.

Der Erklärung, daß die Objektivität des Präsidenten nicht angezweifelt würde, schlossen sich auch die Vertreter der beiden großen Rechtsparteien, Graf Westarp und Dr. Scholz, an.

Über den Geschäftsplan und die Beratung für die noch ausstehenden Steuergesetze wurde sodann vereinbart, daß die Sitzungen am Montag und Dienstag ebenfalls von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends dauern und daß erst dann weitere Dispositionen wegen der dritten Lesung der Steuergesetze und der Beratung der Zollvorlage getroffen werden sollen.

Eine unsterbliche Verordnung.

Entrechtung der Beamtin. — Der Abbau geht weiter.

Von Willi Steinkopf.

Der Reichsrat hat soeben das Gesetz mit dem schönen aber unzutreffenden Namen „über Einstellung des Personalabbaus“ verabschiedet und sich dabei die Auffassung der Regierung und der Regierungsparteien zu eigen gemacht, daß es trotz der flagranten Verletzung des Art. 123 der Weimarer Verfassung zu seiner Rechtsgültigkeit keiner Zweidrittelmehrheit im Reichstag bedürfe. Das Gesetz wird also in den nächsten Tagen verkündet werden und damit in Kraft treten. Die Entrechtung der verheirateten Beamtin, die aus „dienstlichen Gründen“ und „wenn ihre wirtschaftliche Verlogung gesichert erscheint“, nach wie vor entlassen werden kann, wird verewigt, wenn nicht ein künftiger, besserer Reichstag diese Bestimmung aufhebt.

Neben diesem Grund sind es aber noch andere ebenfalls sehr gewichtige Gründe gewesen, welche die Sozialdemokratie veranlaßt haben, in der Schlussabstimmung zusammen mit den Demokraten und Kommunisten das Gesetz abzulehnen. Wohl soll der generelle Abbau der männlichen und unverheirateten weiblichen Beamten bei den Reichsverwaltungen und den Versicherungsträgern eingestellt werden. Bei den Ländern und Gemeinden aber ist noch nicht einmal dies Zugeständnis gemacht worden. Und merkwürdig muß es anmuten, wenn die Reichsregierung und ihre Koalition sich dabei auf den Standpunkt stellen, daß es Sache der Länder sei, dies auszusprechen; das neue Gesetz berechtige sie dazu. Umgekehrt, als es um den Erlaß der Abbauperordnung und zugunsten der Beamten ging, trug man keine Bedenken, Länder und Gemeinden nicht nur zu „berechtigten“, sondern auch zu „verpflichten“, Gleiches für ihre Beamten durchzuführen. Es ist und bleibt Tatsache, daß die reichsgesetzliche Grundlage zu einem weiteren ganz generellen Abbau der Beamten der Länder und Gemeinden auch weiterhin besteht. Es bleibt also mindestens abzuwarten, was sich daraus entwickelt.

Eigentlich kann auch von einer Einstellung des generellen Abbaus beim Reich nicht gesprochen werden. Denn ein neuer Artikel der Abbauperordnung gibt dem Reichsfinanzminister das Recht, zusammen mit dem Ressortminister freierwerbende Planstellen nach Belieben zum Zweck eines weiteren Abbaus zu streichen. Damit werden den jungen heranwachsenden Beamten die Aussichten auf eine etatsmäßige Anstellung glatt genommen, was sich selbstverständlich als weiterer Abbau auswirken muß. Für den Vorschlag der Sozialdemokraten, wenn schon weiter abgebaut werden müsse, dann dem Beamtennachwuchs durch baldige Anstellung Förderung zuteil werden zu lassen, dafür aber in erster Linie über 60 Jahre alte Beamte zu pensionieren, hatte man kein Verständnis.

Unklar ist ferner geblieben, weshalb man in dem einen Artikel des neuen Gesetzes die Einstellung des Abbaus bei den Versicherungsträgern ausgesprochen hat, um in einem anderen Artikel zu erklären, daß die Bestimmungen über den Abbau der Beamten und Angestellten der Versicherungsträger auch weiterhin in Kraft bleiben. Alle Versuche, hierüber eine klare und erschöpfende Auskunft zu erlangen, sind fehlgeschlagen. Der Zweck dieses offensibaren Widerspruchs — und man kann doch wohl annehmen, daß eine Reichsregierung nichts zwecklos tut — bleibt das Geheimnis der Regierung und der sie stützenden Parteien.

Auch bezüglich der Angestellten ist keine befriedigende Lösung gefunden worden. Hier hat man zwar auch die ominöse, vielfach falsch verstandene und willkürlich ausgelegte Bestimmung „Angestellte sind zu entlassen“ aufgehoben, das Verbot einer Einstellung von Angestellten aber bestehen lassen. Dies ist um so unverständlicher, als praktisch gesehen, dies Verbot durch die Einstellung tausender neuer Angestellten in verschiedenen Reichsbetrieben längst überholt, und auch die Einstellung neuer Beamten mit Genehmigung des Haushaltsausschusses des Reichstags zulässig ist. Dabei ist es für die Regierungsparteien außerordentlich bezeichnend, daß sie den sozialdemokratischen Antrag, bei diesen Beamteneinstellungen neben Verlogungsanwärtern, Schwerbeschädigten und Wartestandsbeamten auch im Reichsdienst langjährig tätige Angestellte zu berücksichtigen, abgelehnt haben. Ein Schicksal, das auch dem sozialdemokratischen Antrag auf Wiederverwendung der auf Grund der Abbauperordnung entlassenen Schwerbeschädigten zuteil wurde.

So stehen sich noch eine ganze Anzahl Dinge zum Beweis dafür anführen, daß von einer Einstellung des allgemeinen Personalabbaus, wie der Artikel 1 versichert, bei weitem nicht die Rede sein kann.

Den einzigen Fortschritt, den die Regierungsvorlage brachte, war die Wiederintraffsetzung des § 84 Punkt 4 des Betriebsrätegesetzes für die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe. Gut, daß dies geschehen ist. Unverständlich aber bleibt wiederum, weshalb an eine andere Stelle des Gesetzes trotzdem noch einmal bestimmt wird, daß sich die Entschädigungen an gekündigte Angestellte fortan nach den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes richten, was an sich ja selbstverständlich ist.

Was sonst noch an Verbesserungen vorhanden ist, stellt rechtlos Erfolge der Opposition und besonders der Sozialdemokratie dar. So die Wiederherstellung der Bestimmungen des Reichsbeamtenengesetzes, daß Beamte, die pensioniert oder auf

Wartung gestellt werden, noch drei Monate das aktive Gehalt beziehen. Ferner, daß die Hinterbliebenen aus einer Ehe, die erst nach der Pensionierung des Beamten geschlossen wurde, nunmehr endlich in die Hinterbliebenenversorgung einbezogen werden, wenn auch das Verlangen der Sozialdemokratie, diesen Hinterbliebenen, ebenso, wie es bei den anderen der Fall ist, einen Rechtsanspruch auf die Versorgung einzuräumen, sich noch nicht hat durchsetzen können. Weiter ist dies auch bei der Gestaltung des grundlegenden Artikels über die Aufhebung der eigentlichen Abbauvorschrift für die Beamten und Angestellten des Reichs und der Versicherungsträger der Fall. Und wenn bezüglich der verheirateten Beamtin gegenüber dem bisherigen Zustand dadurch eine Erleichterung geschaffen wurde, daß diese nunmehr bei ihrer Entlassung eine Abfindungssumme für den ihr einfach fortgenommenen Anspruch auf die erdiente Pension erhält, so gehört dies ebenfalls zu jenen Erfolgen.

Natürlich haben die Regierungsparteien die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne für die ihnen besonders nahestehenden Kreise der Beamtenschaft eine Extrawurst zu braten. Die Pensionskürzung, auf deren Beibehaltung die Reichsregierung bis in die neueste Zeit hinstehen bestanden zu müssen glaubte, ist gefallen. Damit sind 5 1/2 Millionen Mark jährliche Ersparnisse jenen „Ruhestandlern“ bewilligt worden, die neben ihrer hohen Pension noch große Einkommen aus Arbeitsverdienst — 600 M. monatlicher Arbeitsverdienst sollen künftighin frei bleiben — einheimlich können.

Die breiten Massen der Beamten der unteren und mittleren Gruppen, denen von der Regierung und den Regierungsparteien seit Monaten und Monaten erklärt wird, daß für eine so geringe Zulage keine Mittel vorhanden seien, werden diesem Regierungskunststück verständnislos und erbittert gegenüber stehen. Sie werden um so erbitterter sein, wenn sie erfahren, daß sich zu diesen 5 1/2 Millionen noch 18 Millionen jährlich gesellen, welche die Regierung, ohne den Reichstag auch nur zu fragen, zur nachträglichen Höherstellung der Kriegsoffiziere bewilligt hat. Mit diesem Geld und dem Betrag für andere durchaus ansehbare Ausgaben wäre es möglich gewesen, wenigstens die ärgste Not der Beamten der unteren Gruppen zu lindern. Man tut dies nicht, und das möge den Beamten eine Lehre sein.

Was mit dem neuen Gesetz, abgesehen von den wenigen Neuerungen zugunsten der Beamten, diesen vorgezogen wird, geht am besten daraus hervor, daß die Regierung sich trotz einer Zusage im Reichstag scheut, die abgeänderte Personalabbauverordnung in ihrem neuen Wortlaut im Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen, weil dies den Wortlaut bindend machen und Ansetzungsansprüche ausschalten würde. Deshalb zieht die tapfere Rechtsregierung es vor, den Wortlaut nur im Reichsbefehlsblatt wiederzugeben. Dies ist unverbindlicher und läßt in Zweifelsfällen allerlei Auslegungen zugunsten der Beamten zu.

Stiefkinder des Rechtsblocks. Die Beamten erhalten keine Zulage.

Die Fassung der Parlamentsberichte über die Verhandlungen des Reichstags vom 31. Juli läßt vermuten, daß die Beamten zu ihrem Grundgehalt eine 12 1/2- oder 10prozentige Zulage erhalten. Demgegenüber sei nochmals festgestellt, daß die Beamten zu ihren bisherigen Bezügen keine Zulage erhalten. Der erwähnte Zuschlag von 12 1/2 bzw. 10 Proz. ist den Beamten bereits im November 1924 auf die im Juni 1924 festgesetzten Gehälter gewährt worden.

Den sozialdemokratischen Antrag, diese Zuschläge auf 20 Proz. zu erhöhen, hat die Mehrheit des Reichstages am 31. Juli 1925 in einstimmiger Abstimmung abgelehnt. An der Bezahlung der Beamten ändert sich also gegenüber dem bisherigen Stande nichts!

Befreite Stadt.

Von Ewald Stern.

Frühmorgens sind die fremden Truppen abgerückt. Sie holen der Bevölkerung zum lehrstmal das Schauspiel marschierender Regimenter mit schmetternder Musik, hoch zu Ross sitzender, fabelhaft geschmückter Offiziere, schwergepackter Soldaten, die trotz der Hitze mit Mäntel bedeckt waren, rasselnder Proviantwagen, dampfender Feldküchen, maulschweißender, kleinstalbriger Kanonen. Man empfand das eilige Bemühen, letzten, möglichst guten Eindruck zu erwecken.

Die schönen großen Schulgebäude sind jetzt leer. Noch wenige Wochen, und in denselben Sälen, wo Raan an Raan auf Strohsäcken schlief, werden höhere Töchter und Gymnasialisten in den Fächern der Wissenschaften unterrichtet, werden Turnstunden gegeben, wo Werbe eingestrichelt waren, werden Schulfeste veranstaltet, wo fremdes Polizeigericht über kleine Sünder, die ohne Ausweis betroffen oder gegen irgendeine der vielen Verfügungen verstoßen haben, oft drakonische Strafen verhängt hat. Auf dem Albenberg vor der Stadt liegt jetzt ein haufen Stacheldraht. Er kündigt, daß eine lange, oft bange Zeit vorüber ist.

Am selben Nachmittag schon hat sich der Bevölkerung ein neues Schauspiel. Schupo, grün- und blauverkleidet, kommt nach zweieinhalb-jähriger Abwesenheit wieder. Voran in diesen Autos teils ordnungsgemäße Offiziere, dahinter die Polizeibeamten auf Lastkraftwagen, und zum Erschauen der Bürger auch ein Panzerauto. Dieses trug ein drohendes Ding vercurstet. Mißbehagen, beeinträchtigt die Wiedersehensfreude. Dann offizielle Begrüßungspakt. Reden von langer Trennungzeit und strenger Ordnung, die jetzt in den Mauern der Stadt herrschen soll, werden gehalten.

Das Straßenbild ist verändert. Wegweiser mit französischer Aufschrift sind verschwunden, die blaugrauen Uniformpunkte in dem Gemäuel der Hauptstraße haben dem Grün der Polizei Platz gemacht, und als neueste Farbe taucht Schwarz-Weiß-Rot, als Bänderchen im Knopfloch und von Kindern auf Papierfahnen getragen, auf. Nicht nur die Schupo, auch die Reaktion hat ihren Einzug gehalten. So viele Abzeichen sind noch nie spazierengeführt worden, wie an dem ersten Sonntag nach der Befreiung von fremden Truppen. Das Hakenkreuz, bisher feige unter der Weste versteckt, hat den Platz auf der Rocklappe gefunden.

Die Zeitungsstände zeigen vermehrte Reichhaltigkeit. Sie sind alle da, die Häftlinge nationalisierter Färbung, die man bisher nur in unbedingten Deutschland bekam; und das verboten gemeine deutschnationale Volkstümliche wirkt im Gewande des Märtyrers um neue Befreiung.

In dem Kaffeehausgeiger ist ein neuer Geist gefahren. Unter dem Jubel der Gäste spielt er, der bisher mit Tanzledern erfreute, alles, was ein teutonischer Müller ohne Noten kennen muß: Die Nacht am Rhein, den Fridericus-Marsch, das Lied von der Sonnengans, und daß wir Frankreich Frankreich schlagen wollen. Die Republikaner, die es auch im Café bleiben wollen, verlassen das Lokal. Nur einzelnen Lüden besänftigendes Gedränge. Radioparlanten sind ausgestellt. Bis zum späten Abend lauschen große Menschenmengen den Tönen, die dem Lautsprecher entquellen. Den Ton-

„Gemilderter“ Ausnahmezustand. Eine Verhöhnung der Reichsverfassung.

Die schon erwähnten Nichtlinien der bayerischen Regierung zur „Milderung des Ausnahmezustandes“ erinnern lebhaft an die schönsten vormärzlichen Erlasse der deutschen Duobes-Regierungen. Väterlich-polizeiliches Wohlwollen gegenüber den „Untertanen“, wenn sie hübsch artig sind.

Heute aber haben wir eine Reichsverfassung auf republikanischer Grundlage und auch die Landesregierungen sind an sie gebunden. Nach der Reichsverfassung hat der Reichspräsident, „wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird“, den Ausnahmezustand zu verhängen. „Bei Gefahr im Verzuge“ kann auch eine Landesregierung für ihr Gebiet ähnliche Maßnahmen treffen. Diese Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder Reichstages außer Kraft zu setzen.

Der bayerische Ausnahmezustand stammt aus dem Jahre 1923! Er ist also jetzt rund zwei Jahre in Geltung, ist demnach schon zum Regelzustand geworden, der den subalternen „Staatsmännern“ Bayerns die Möglichkeit gibt, die Regierungsmethode von 1830 wieder einzuschmuggeln und diesen Schmuggel mit „Wohlwollensphrasen“ zu umkleiden. Will man in Bayern ernsthaft behaupten, daß noch immer „Gefahr im Verzuge“ bestehe, die die Aufhebung des Ausnahmezustandes unmöglich mache? Will der Reichstag nicht endlich von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen und Bayern wieder in die Reihe der verfassungsmäßig regierten Länder zurückführen? Und will der Reichspräsident, der ja am Tage nach der unterdrückten Verfassungsfeier in München anwesend ist, nicht den Polizeigewalt der bayerischen Regierung klar machen, daß auch sie sich in einem Verlangen nach Beseitigung des Ausnahmezustandes zu fügen haben?

Aufgewärmte Verleumdungen.

Mißglückter Vorstoß gegen Severing.

Der „Total-Anzeiger“ tobt gegen Severing wegen der Ernennung des Genossen Regierungsrat Menzel zum Polizeipräsidenten von Magdeburg. Er erinnert daran, daß gegen Menzel aus der Zeit her, wo dieser Landrat von Trebnitz war, ein Straf- und Disziplinarverfahren geschwebt habe.

Das ist schon richtig. Nur vergißt das deutschnationale Blatt in seiner urteillosen Eitelkeit hinzuzusetzen, daß diese Verfahren mit der Beurteilung des Hauptverleumders, des Landbundangehörigen Bahls zu sechs Monaten Gefängnis und mit der völligen Rehabilitierung Menzels endete, dem sogar die urreaktionäre Oester Strafkammer beschleunigen mußte, daß keinerlei Tatverdacht gegen ihn vorliege.

Wenn im übrigen der „Total-Anzeiger“ sich mit besonderer Freude auf ein rechtsdemokratisches Breslauer Organ beruft, das über Menzel ungünstig urteilt, so ist hierzu folgendes zu sagen: Gewisse demokratische Kreise haben allerdings in dieser Sache ein sehr schlechtes Gewissen. Menzel, der als Landrat noch Mitglied der Demokratischen Partei war, war gewisser Breslauer Kommunalratsmitglied, die heute größtenteils zur Deutschen Volkspartei übergewechselt sind, wegen seines entschiedenen republikanischen Auftretens ein Dorn im Auge. Diese republikanischen Vertreter scheuten, als die erlogenen Denunziationen gegen Menzel kamen, nicht davor zurück, den ebenfalls nur sehr „auchdemokratischen“ Regierungspräsidenten Jänicke durch Auskünfte unehrlichster und verlogenster Art gegen Menzel zu beeinflussen, mit denen Herr Jänicke dann weiter bei allen möglichen Stellen haustieren ging. Statt ihren Parteigenossen gegen die jüngerliche Verleumdung des Kreises Trebnitz zu schützen, ließen Jänicke und der damalige angeblich demokratische Innenminister Dominikus Menzel sofort fassen und suspendieren ihn vom Amt. Daß Menzel nach dieser Erfahrung der Demokratischen Partei den Rücken kehrte, kann niemanden wundern.

Uebrigens ist Menzel ein für das Amt des Polizeipräsidenten vorgebildeter „Fachmann“. Aber die sonst nach Fach-

schenden ist der Apparat, der aus dem Keiser Gehör und Gespräch auffängt und wiedergibt, neues, nie gehörtes. Kulturgut, dank militärischer Einsatz Millionen Menschen vorzuenthalten, kann jetzt erst hier genutzt werden.

In der Menge entsteht Bewegung. Von weither kommt Trommelwirbel. Das „Gobanner kommt mit seinen Fahnen. Und zum erstenmal auch in dieser Stadt böhmische, beleidigende Bemerkungen aus der Menge. Das Reichsbanner zieht unbedeckt weiter. Die Männer wissen, daß auch für sie jetzt die Zeit der Kämpfe gekommen ist, die bisher diesem Gebiet erspart geblieben sind.

„Aussichtreiche Lebensstellungen.“

Von Hans Bauer.

Studentenverbänden geht es wie anderen Organisationen. Sie leben es gern, wenn sie wachsen. Es ist ihnen nicht zu verübeln, wenn sie dieses Ziel durch Anpreisung ihrer Vorteile zu erreichen suchen. Es wäre vorstellbar, daß sie in solchen Anpreisungen den Geist der Kameradschaftlichkeit, der nach ihrer Meinung bei ihnen wohnt, betonen, daß sie auf Einrichtungen verweisen, deren Genuß ihren Mitgliedern zur Verfügung steht. Es wäre bei dem Geist, der nun einmal die Mehrzahl der Studentenschaft beherrscht, auch nicht zu verwundern, wenn eine Korporation ihre antisemitische und völkische Gesinnung als Lozmittel betrachte. Aber dies alles ist es nicht, was der „Deutschnationale Studentenverband“ in Leipzig dieser Tage in Aufrufen als Vorteil unterstreicht, an dem seine Mitglieder teil hätten, sondern es lautet sein Aufruf, dem doktrinärer Wert zukommt, in seinen wichtigsten Sätzen folgendermaßen: „Wie bei Korporationen die Möglichkeit besteht, durch die Kameradschaft ausschichtreiche Lebensstellungen zu bekommen, so besitzt auch der Deutschnationale Studentenverband eine mit ihm zusammenarbeitende Akademie, deren oberster Grundsatz es ist, den Angehörigen unseres Verbandes gesicherte Existenzen und Erleichterung im Studium zu gewähren. Durch Vermittlung von Arbeitsstellen und finanzielle Unterstützung sollen den uns angeschlossenen Studenten die Sorgen des durch die Mißverhältnisse geschaffenen Studentenlebens erleichtert werden.“

Die Mißverhältnisse? Ja so, die sind durch die Revolution entstanden und bestehen vornehmlich darin, daß hier und dort einmal ein fähiger Kopf, einer also, der dem Deutschnationalen Studentenverband wohl nie angehört hat, in eine führende Stellung gelangt ist. Der Deutschnationale Studentenverband ist daran, diese Mißverhältnisse zu beseitigen. Das geschieht dadurch, daß die alten Deutschnationalen den jungen Deutschnationalen ausschichtreiche Lebensstellungen verschaffen. Ein Deutschnationaler tritt so immer das Erbe des anderen Deutschnationalen an. Da muß doch wohl gesagt werden, daß es sich für den jungen Akademiker verlohnt, deutschnational zu denken. Er hat sein Auskommen dabei. Er hat seine prima Existenz. Er hat seine Verjüngungsanital. Da hat es oft geheißt, daß gewisse höhere Justiz- oder Verwaltungsbeamte die Objektivität eines Kompasses hätten und daß ihr Rügen nicht einzulassen wäre. Aber da sieht man's ja, wie trivial solche Schnellfertigkeit des Urteils ist. Wie sollten denn die jungen Akademiker in ihre Stellungen kommen, wenn die ansagenden sie nicht hinein-

männern schreiende deutschnationale Presse hat sofort an jedem Fachmann etwas auszusetzen, wenn er Republikaner ist.

Die Sanierung des Stinnes-Konzerns. Sozialdemokratische Interpellation.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

Bei den Ende Mai 1925 offenbar gewordenen Zahlungsschwierigkeiten des Stinnes-Konzerns hat die Reichsbank eingegriffen.

Wir fragen die Reichsregierung:

Sind dabei — damals oder später — öffentliche Mittel oder solche der Reichsbank mittelbar oder unmittelbar zu Stützungsmaßnahmen verwendet worden? Sind insbesondere Gelder von Staatsbanken deutscher Länder, von Girozentralen oder von der Reichsreditgesellschaft dem stützenden Bankentontorium zur Verfügung gestellt worden und gegebenenfalls zu welchen Zinssätzen?

Ist durch die Stützungsaktion für den Stinnes-Konzern der Kredit, der für die übrigen Industrien zur Verfügung steht, beschränkt worden? Sind für andere Konzern Stützungen aus öffentlichen Geldern erfolgt?

Hat die Reichsregierung irgendwelche Vorsorge getroffen, daß die Stützung in einer Weise erfolgt, die den volkswirtschaftlichen Interessen entspricht, indem insbesondere verhindert wird, daß durch die Stützungsaktion lebensunfähige Betriebe, wie die Zeitungsunternehmen des Stinnes-Konzerns oder dessen ausländische Beteiligungen, erhalten bleiben?

Im Falle, daß aus öffentlichen Mitteln Stützungsaktionen gefördert wurden, sind von der Reichsregierung oder den Landesregierungen an die Gewährung der Gelder Bedingungen geknüpft worden? Sind insbesondere dem Reich und den Ländern Vorkaufsrechte zur Übernahme geeigneter Betriebe in die öffentliche Hand gesichert worden? Ist schließlich die Reichsregierung bereit, über den gegenwärtigen Stand der Liquidationsaktion dem Reichstag Aufklärung zu geben?

Die völkische Feme.

Die Geldgeber der Mordbuben.

Bei den Enthüllungen über die völkische Feme in Mecklenburg war u. a. auch darauf hingewiesen worden, daß der Fabrikant Gustav Ritter, Inhaber der Hohenhagenischen Pfeffermühlfabrik in Grabow (Mecklenburg) einer der Hauptgeldgeber der völkischen Unternehmungen sei. Herr Ritter sucht dies in einer „Berichtigung“ an das „Berliner Tageblatt“ zu bestritten. Das Blatt gibt darauf folgende Darstellung von der Wirklichkeit des Herrn Ritter:

Schon vor der Gründung der Deutschnationalen Freiheitspartei gehörte er zu den eifrigsten Mitgliedern des Bauvorstandes des Deutschnationalen Schütz- und Trugbundes, Gau Mecklenburg. Diese Gauleitung erließ im Januar 1922, als die Nordpläne völkischer Kreise schon in Vorbereitung waren, ein Geheimschreiben an die Mitglieder, das als streng vertraulich bezeichnet wurde. Darin wurde die Zahl der Mitglieder in Mecklenburg auf 3000 angegeben. Zum Kriegsjahre gehört aber Geld, so heißt es dann weiter, „den wohl ausgeübten und verzeichneten Empfängern dieses Schreibens traut die Gauleitung die Möglichkeit einer Hilfeleistung in Form einer einmaligen Zahlung von 100 bis 2000 M. zu, um alle weiteren großzügigen Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen“. Dieses Geheimschreiben ist unterzeichnet mit den Namen Erich Bode (Schwerin), Leutnant Gustav Ritter (Grabow), Inspektor Straeter (Ruhof), Telegraphendirektor Straede (Rostock) und Kaufmann Kleland (Ludwigslust). Ende März 1922 folgte ein zweites Geheimschreiben mit dem Vermerk: „Nach dem Lesen vernichten.“ In diesem Schreiben heißt es:

„Fast jede Ortsgruppe hat ihre Jugendgruppen. Sie wird mit nicht verbotenen Karabinern ausgerüstet und in Gefährdungen zu selbsterprobieren Männern erogen. Gegebenenfalls müssen die umliegenden Güter des Wassenbesitzes wegen um Jagderlaubnis angegangen werden. Wir haben außerdem eine Reihe meist unverheirateter Männer, deren besondere Aufgaben öfteres Zusammenkommen nötig machen.“

Angesichts dieser gravierenden Tatsachen muß man die Kühnheit bewundern, mit der Herr Ritter in seiner „Berichtigung“ jede Verbindung mit den völkischen Nordorganisationen leugnet.

balancierten, wenn das nicht ihr „oberster Grundsatz“ wäre, einer also, dem alle anderen, sachliche, soziale, moralische, nachgeordnet sind?

Ein lustiger Ringelreihen, bei dem einer immer die Hand des anderen faßt. Da lohnt es sich doch noch, eine nationale Gesinnung zu haben. Die Lebensstellung ist ihre Folge und diese wieder hat zur Wirkung, daß es sich mit ihr als Basis gut national sein läßt. Einmaliger treudeutscher Antriebs genügt, um, ohne neue Zufuhr von irgendwelchen Leistungen, das Werkeln in dauerndem Gang zu halten: Ein soziales Perpetuum mobile.

Kameltreiber kontra Eisenbahn. Wie aus Haifa gemeldet wird, brauchte der letzte Eisenbahnzug, der arabische Pilger von Medina nach der heiligen Stadt Mekka beförderte, volle fünfundsiebzig Tage, um die achthundert Kilometer lange Strecke zu durchfahren. Der Grund für diese ausfallende Verzögerung entbehrt nicht einer ausgesprochenen Originalität. Die Eisenbahn macht nämlich den Boten, die sich als Kameltreiber ihr Brot verdienen, eine geradezu mörderische Konkurrenz, die sie zur Verzweiflung bringt. In ihrer Not versuchen sie es von Zeit zu Zeit damit, durch Aufreißen der Schienenwege den Bahnbetrieb zu lähmen. Kommt der Zug an eine solche zerstörte Stelle, so sind die Passagiere genötigt, aussteigen und zu warten, bis das Gleis wieder hergerichtet ist. Diesmal hatten die Beduinen die Arbeit so gründlich verrichtet, daß alle Weiterfahrt ausgebehtete Reparaturarbeiten ausgeführt werden mußten.

Expedition nach Nowaja Semlja. Das russische Institut zur Erforschung des Nordens hat die Ausrüstung einer neuen Expedition beendet, die sich demnächst auf die Insel Nowaja Semlja begeben soll. Der Zweck dieser Forschungsreise besteht in erster Linie in einer genauen Aufnahme der Küsten und in Messungen der Meerestiefe; Es soll ferner festgestellt werden, wie weit sich Nowaja Semlja für eine Kolonisation eignet.

Der größte Rheinfloß. Auf einer holländischen Werft wird jetzt ein Rheinfloß gebaut, der weitaus der größte seiner Gattung sein wird. Die Länge des Schiffes beträgt 125 Meter, die Breite 13 Meter und die Tiefe 3 Meter, die Tragkraft 4000 Tonnen. Der größte Schlepper, den es bisher auf dem Rhein gab, weist bei einem Tiefgang von 2,85 Meter eine Verdrängung von 3581 Tonnen auf.

Eröffnung der Woche: Mittwoch: Schloßpark-Theater: Opernoperale. Donnerstag: Der große Betrag; Donnerstag: Goethe-Bühne: Dreifaltigkeit des Kreuzes; Freitag: Casino-Theater: Der kleine Schimmel.

Die erste Aufführung im Haus von Richard Strauss' „Intermezzo“ wird im Gran Teatro del Liceo in Barcelona im November d. J. in italienischer Sprache stattfinden. Zugleich sind für die Hauptrollen deutsche Künstler engagiert worden, und zwar von der Berliner Staatsoper Maria Gusa, Paul Eicher-Walter, Theodor Lattmann, von der Wiener Staatsoper Karl Kemner und Hermann Gollas. Die übrigen Rollen werden mit italienischen und spanischen Kräften besetzt werden. Als Dirigent wurde der Kapellmeister der Wiener Staatsoper, Kloba, gewonnen.

Entwaffnung und Rechtsregierung.

Die Alliierten mit Luther — Schiele zufrieden.

Im Pariser „Tempo“ vom 29. Juli ist zu lesen:

Die Frage der Entwaffnung Deutschlands, entsprechend den Bestimmungen des Vertrages von Versailles, scheint in eine neue Phase zu treten, von der man hoffen kann, daß es endgültig sei. Das Reichskabinett hat der Interalliierten Kontrollkommission mitgeteilt, daß in Berlin eine Kommission eingesetzt worden ist, mit dem Zweck, die Fragen zu untersuchen und zu regeln, die in der interalliierten Note vom 4. Juni über die deutsche Entwaffnung aufgeworfen sind. Die Interalliierte Kontrollkommission hat mit Befriedigung von dieser Mitteilung Kenntnis genommen. Es muß unterstrichen werden, daß in derselben Stunde, wo die französisch-belgischen Unterredungen über den Sicherheitspakt eine glückliche Wendung nehmen, in Berlin eine erste Anstrengung unternommen wird, das Problem der Abrüstung des Reiches praktisch durchzuführen. Das ist eine Tatsache, die geschaffen ist, eine günstige Atmosphäre für die kommenden Verhandlungen zu erzeugen.

Nach der Räumung.

Eintreffen der Schupo in Essen.

Essen, 1. August. (T.L.) Heute um 11 Uhr vormittags trafen auf dem Essener Hauptbahnhof 600 Mann Schupo unter dem Kommando des Polizeikommandeurs Thufius aus dem Regierungsbezirk Münster ein. Sie wurden von der aus dem Bahnhofspalast versammelten Menschenmenge jubelnd begrüßt. Bei den in Essen eingetroffenen Mannschaften handelt es sich um die in Essen anwesigen, vor zweiwöchigen Jahren von der Befehlshaber ausgesessenen Polizeibeamten, die zum größten Teil verheiratet sind. Sie werden bis zur Wiederherstellung des Polizeipräsidiums einmischen in vorbereiteten Quartieren untergebracht. Kurz vorher waren aus dem Regierungsbezirk Münster 85 berittene Schutzleute eingetroffen. Während am gestrigen Tage bis zum Schluß der offiziellen Besetzung keine Flaggen zu sehen waren, erschienen heute im Laufe des vormittags zahlreiche Fahnen in den Reichs- und Landesfarben.

Mussolinis Agrarzölle.

Rom, 1. August. (W.T.B.) Die gestern erfolgte Erhöhung des Brotpreises um 35 Centesimi pro Kilogramm und der Teigwaren um 60 bis 65 Centesimi pro Kilogramm hat in der Bevölkerung große Erregung hervorgerufen. Die Gemeindeverwaltung hat diese Preissteigerung nur provisorisch bis zum 2. August bewilligt. Die Gewerkschaften, die sozialistischen wie die faschistischen (!), haben bereits entsprechende Lohnerbhöhungen gefordert. Während in Genua, wie in Rom, die Brotpreissteigerung bereits heute in Kraft getreten ist, hat die Gemeindeverwaltung von Mailand beschlossen, eine Entscheidung über Forderungen der Bäcker auf Erhöhung des Brotpreises auf Montag zu vertagen, um von der Regierung Informationen einzuholen. Infolge der Weigerung der Mühlen von Cecco, die Mehlvorräte vor einer Regelung der Preisfrage zu verkaufen, hat die Regierung die Mehlvorräte beschlagnahmt.

Sozialisten und Koalitionspolitik.

Meinungsverschiedenheiten in der französischen Partei.

Paris, 1. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Resolutionskommission, die von dem letzten Kongress der sozialistischen Verbände des Seine-Departements eingesetzt wurde, vermochte sich nicht auf einen gemeinsamen Text zu einigen. Es werden daher dem Nationalkongress zwei Entschließungen vorgelegt. Die eine trägt 23 Unterschriften, an erster Stelle die von Leon Blum, spricht sich gegen die Unterstützungspolitik gegenüber der jetzigen Regierung aus und weist darauf hin, daß die sozialistische Fraktion ihre Stimme nur einer Regierung geben könne, die eine gleiche Grundlage, wie das Ministerium Herriot, besitzen würde. Diese Entschließung wendet sich dann gegen jegliche Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung und stellt diese Beteiligung als außerordentlich gefährlich für den Sozialismus in Frankreich hin. Die zweite Entschließung, die nur von sieben Mitgliedern der Resolutionskommission unterzeichnet worden ist, tritt im Gegenteil dafür ein, daß die sozialistische Partei sich bereit erkläre, sich an der Regierung zu beteiligen. Die beiden Entschließungen nehmen schließlich noch im Einklang mit den Beschlüssen der vor wenigen Tagen stattgefundenen Konferenz der französischen, spanischen und englischen Sozialisten Stellung zu der Marokko-Affäre.

Verhandlungen mit Abd el Krim?

Friedensvorschläge unterwegs.

Paris, 1. August. (Eigener Drahtbericht.) Die heutigen Morgenblätter bringen eine Meldung aus englischen Quellen, wonach Abd el Krim zwei Abgesandte nach Tanger geschickt haben soll, um dort von den Vertretern der französischen und spanischen Regierungen die von Frankreich und Spanien gemeinsam ausgearbeiteten Friedensbedingungen entgegenzunehmen. Dagegen wird von der französischen zuständigen Seite nach wie vor erklärt, daß man in Paris keinerlei Angebote von Abd el Krim erhalten habe. Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß das französische Auswärtige Amt an den Marshall Equath eine dringende Anfrage über die angeblichen Friedensschritte Abd el Krims gerichtet hat.

Spaniens Friedensvorschläge.

Paris, 1. August. (T.L.) Nach einer „Tempo“-Meldung in Tanger hat die spanische Regierung Abd el Krim folgende Friedensvorschläge unterbreitet: Abd el Krim erkennt die Oberhoheit des Sultans von Marokko und die Autorität der Spanier innerhalb der spanischen Zone an. Er verpflichtet sich, an Spanien seine gesamte Artillerie auszuliefern. Spanien wird in Abir, dem gegenwärtigen Hauptquartier Abd el Krims, einen ständigen Posten einrichten. Sämtliche spanische Gefangene werden freigegeben. Dafür gibt das spanische Direktorium dem Rif das Recht, eine unabhängige lokale Regierung zu bilden, der spanische Beamte zur Seite stehen sollen. Das Rif ist ferner ermächtigt, ein stehendes, von Spanien bezahltes Heer zu unterhalten. Die Rifleute werden außerdem finanziell bei der Bildung der Regierung unterstützt.

Der Kampf in China.

Neue Zusammenstöße in Nanjing.

Peking, 1. August. (W.T.B.) In dem Bereich der internationalen Exportgesellschaften in Nanjing entstanden gestern Zusammenstöße. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen ein Engländer getötet wurde. Die Engländer sollen hierauf geschossen haben, wobei es vier Tote und mehrere Verwundete gegeben haben soll. Jenseit werden die Betriebe von englischen Maschinen bewacht, die in Nanjing anwesigen Engländer wurden zum größten Teil von Kriegsschiffen an Bord genommen.

Kleingeld.

Am Fahrkartenschalter drängen sich die Ereignisse. Weil Sonntag ist, wird natürlich nur auf dem kleinen Bahnhof der Stadtbahn ein Schalter offen gehalten. Man steht angefüllt. Der Beamte hinter dem Schalter hat sich bereits des Jacketts und der Weste entledigt. Seine Blase schimmert durch das kleine Fenster wie ein freundlicher, stimmungsvoller Mond. Vor dem Schalter befindet sich ein kleines Schild, auf dem zu lesen steht, man möchte das Kleingeld abgezählt bereit halten. Selbstverständlich kümmert sich niemand darum, das Schild hat nur den Zweck, den Bahnhof stillvoll zu dekorieren. Jeder zahlt mit dem größten Geldschein, der ihm zur Verfügung steht. Der Beamte befindet sich am Rande der absoluten Verwirrung und des Kleingeldes. Eine überaus wohlbeleibte Dame hat endlich die Schalteröffnung erreicht. Sie fordert drei Karten zweiter Klasse nach Nitolassee und zahlt mit einem Zwanzigmarkschein. Der Beamte bittet um Kleingeld. Darauf erregtes Suchen in der Handtasche, verschiedene Gegenstände gelangen dabei ins Freie. Schließlich fehlen fünf Pfennige. Im Hintergrunde wütendes Gemurre der Wartenden. Inzwischen fahren unentwegt Züge nach dem Westen. Der Beamte, mühsam seine Fassung bewahrend, wechselt den Zwanziger und zählt der Dame das Geld vor. Die Dame ergreift es und will gehen. Erleichtert aufatmend der Wartenden. Aber sie bleibt doch trotz lebhafter Stöße und zählt das Geld nach. Es fehlt eine Mark; die Dame zählt noch einmal nach, dann zählt der Beamte, der erlisch überhaupt, es hätte alles gestimmt. Es beginnt ein wütendes Hin und Her von Schimpfwörtern: „Unterschlagung“, „Betrüger“, „Beamtenbeteidigung“. Der Beamte versucht seinen Kopf durch die kleine Öffnung zu zwängen, er achtet auf nichts mehr, er ist nur noch gekränkter Würde. Die Erregung der Wartenden hat den Siedepunkt erreicht. Schließlich ein energischer Stoß, der die Dame trotz ihrer Korporulenz ins Freie und in einen hysterischen Anfall befördert, die Angehörigen untrauern sie.

Warum übrigens beachtet niemand die Schilder auf dem Bahnhof? Es bedeutet auch eine Rücksichtslosigkeit gegen seine Mitmenschen, am Schalter großes Geld wechseln zu lassen.

Die Prüfungskommission für die Fleischsteuerung.

Wie wir gestern Abend mitteilten, tagte am Freitag vormittag im Schöneberger Polizeipräsidium die Preisprüfungskommission, um Mittel und Wege zu finden, den Fleischpreis herabzudrücken, natürlich ohne positiven Erfolg, was vorauszu sehen war. Alle beteiligten Interessengruppen erklärten wieder einmütig, daß sie vollkommen unschuldig an dem Steigen der Fleischpreise seien, niemand hätten sie fleischverteuernd gewirkt. Alle waren gern bereit, ihre Rastkulationen und Statistiken vorzulegen, aus denen selbstverständlich klar hervorgehen würde, daß man mit Unterbilanz arbeitete. Die Verhältnisse hätten eben schuld. Man beschloß, die Verbände sollten alles verfügbare Material der mittleren Preisprüfungsstelle einreichen, und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß in einer neuen, in möglichst kurzer Frist einberufenen Sitzung die Angelegenheit abschließend geprüft werden würde. Natürlich werden mehr als eine Sitzung sich als notwendig erweisen; aus den vergleichenden Statistiken wird hervorgehen, daß niemand an der Fleischsteuerung schuld hat, und der Fleischpreis wird langsam aber sicher weiter steigen.

Ob das der richtige Weg ist, um die praktische Aufgabe einer Senkung des Fleischpreises zu erfüllen, erscheint uns mehr als zweifelhaft. Man wird wohl schon andere Mittel anwenden müssen, um dem gesteckten Ziel auch nur etwas näher zu kommen.

Um den winterlichen Inventurausverkauf.

Die Berliner Handelskammer hatte sich an den Polizeipräsidenten gewandt und beantragt, die jährliche Inventur auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen und die übliche Zeit der winterlichen Inventurausverkäufe, die bekanntlich vom 2. Januar bis 15. Februar läuft, zu verkürzen. Die Handelskammer begründete dieses Verlangen damit, daß eine größere Anzahl kleinerer Betriebe aus Mangel an Hilfskräften die Inventur bis zum 2. Januar nicht beenden könnte. Polizeipräsident Gen. Grzesinski hat dieses Verlangen ablehnend beschieden. In seiner Entscheidung betont er, daß der Ausverkauf mit der am Jahresende üblichen Inventur zeitlich im Einklang stehen müsse. In fast allen Betrieben des Einzelhandels pflege die Aufnahme des Warenbestandes am 1. Januar abgeschlossen zu sein. Als sehr wichtigen Grund führt der Polizeipräsident auch vor allem an, daß der weitaus größte Teil der Berliner Bevölkerung einfach nicht in der Lage sei, vor Weihnachten zu nicht herabgefallenen Preisen die für den Winter notwendige Ware zu kaufen. Dieser Entscheid des Gen. Grzesinski ist zu begrüßen. Es zeugt von entschiedenem sozialen Verantwortungsgesühl. Ein Inventurausverkauf in späterer Zeit wäre für beide Teile, den Käufer sowohl wie den Kaufmann höchst unerfreulich. Was nicht der „Ausverkauf“ in einer Zeit, in der der Käufer fehlt?

Ungenügende Reichenhallen.

Ein Leser unseres Blattes aus Reutlingen berichtet uns, daß die Leiche seines am 13. Juli tödlich verunglückten Stiefbruders erst am 21. beerdigt werden konnte, weil sie solange beschlagnahmt war. Während dieser Zeit lag sie, der furchtbarsten Hitze ausgesetzt, in einer Reichenhallen-Halle des Waldfriedhofes in Oberschönweide. Bei der Bestattung war der Leichnam so stark verwest, daß die Angehörigen nicht mehr vorgelesen wurden. Infolge des starken Geruches konnten die Leidtragenden nur in großer Entfernung dem Sarge folgen. Unser Gewährsmann fragt mit Recht, ob es nicht möglich gewesen wäre, den Toten während der heißen Tage in die nicht weit entfernten, jahrgemäß eingerichteten Reichenhallen des Köpenicker oder Reutlinger Krankenhauses zu bringen.

Girlandenschmuck am Verfassungsstag in Berlin.

Anlässlich der großen Verfassungsfeiern am 8., 9. und 11. August beabsichtigen nicht nur viele Republikaner und große Kaufhäuser und Geschäfte, die Fronten ihrer Häuser und Läden mit Girlanden zu schmücken, sondern es war auch vielfach die Frage nach dem Girlandenschmuck quer über die Straßen weg gestellt worden. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat sich deshalb mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung gesetzt und teilt nachstehend die Bedingungen mit, unter denen Girlanden quer über die Straßen gespannt werden dürfen:

„Girlanden müssen mindestens 10 Meter oberhalb der Straßenebene gespannt sein. Sie dürfen leider in Straßen mit Strohhäusern nicht angebracht werden. Selbstverständlich ist, daß nur Material verwendet werden kann, das bei Lösung der Befestigung das Publikum nicht gefährdet.“

Ein Zittensbild.

Ein bereits 70-jähriger Arbeiter Louis S. stand mit seiner Stieftochter Anna S. und einer „weissen“ Frau, Anna R., unter der Anklage sehr abler Stillsittlichkeitsdelikte. Die Stieftochter hatte strafbare Beziehungen zu ihrem Stiefvater und auch zu ihrem Schwiegervater und ihrem Schwager. Offenbar ist sie selbst hierbei die Triebabnehmerin gewesen. Heute ist sie verheiratet. Sie hat sich ein aus der Ehe hervorgegangenes Kind von der Mitangeklagten gegen Entgelt abtreiben lassen. Die Schwester der Stieftochter selbst brachte später die Sache zur Kenntnis der Polizei. Das Schöffengericht Mitte erkannte gegen die Anna S. auf 1 Jahr Zuchthaus, gegen den Stiefvater auf 1 Jahr Gefängnis und gegen die Stieftochter auf 7 Monate Gefängnis.

Die deutschen Polenflüchtlinge.

Stend im Schneidemühl Konzentrationlager.

Die Lage der infolge des Joltrages aus Polen vertriebenen Deutschen, die in einem mehr als primitiven Konzentrationlager bei Schneidemühl gesammelt werden, ist eine für Deutschland geradezu unwürdige, und fordert zu heller Empörung heraus. Es ist ein unglaublicher Skandal, daß die Opfer polnischer Willkür unter wirklich grauenhaften hygienischen Bedingungen ihre Tage fristen müssen. Die erste Nacht auf deutschem Boden verbrachten sie ohne Stroh und ohne das geringste Deckmaterial auf dem blanten Fußboden in den Flugzeughallen der Flugzeugfirma „Albatros“. Hunderte, die es besonders ungünstig traf, mußten bei Wind und Regen in den Güterwagen oder im offenen, zugigen Schuppen übernachten. Die Zustände in diesem Konzentrationlager haben unter den Flüchtlingen den größten Unmut hervorgerufen. Das Ganze ähnelt stark der Hölle der Kriegsgefangenenlager, ja, soll sie noch an Dürftigkeit in einem überbesseln. In den letzten Tagen wurden in dem Lager 20 Säuglinge geboren, für die nichts getan werden kann, da die meisten Familien gezwungen waren, ihre Möbel, überhaupt ihren gesamten Hausrat an die Polen zu verkaufen, um überhaupt fort zu können. Die Zusammenballung der von Hunger und Flucht völlig erschöpften Menschen hat zu einer größeren Anzahl Todesfällen geführt. Epidemische Erkrankungen machen sich bemerkbar, die zu den schwersten Befürchtungen Anlaß geben. Unter den Kindern grassieren Mägen. Eine Anzahl Säuglinge sind infolge der miserablen Ernährung an Darm- und Magenerkrankung zugrunde gegangen. Dazu treffen täglich neue große Transporte ein. Wenn hier nicht durchgreifend Abhilfe geschaffen wird, ist mit einer Katastrophe zu rechnen.

Schneidemühl, 1. August. (W.T.B.) Die Zahl der aus Polen ausgewiesenen hier eintreffenden deutschen Optanten nimmt in letzter Zeit erheblich zu. Im Lager sind zurzeit etwa 6000 bis 7000 Menschen untergebracht, Frauen mit Säuglingen, Männer, Kinder und Greise. Große Lastautos der Schutzpolizei und Rollwagen, auf denen die Ausgewiesenen dicht gedrängt beieinander stehen, rattern vom frühen Morgen bis zum späten Abend durch die Straße, ja selbst bis in die tiefe Nacht hinein. Das Rote Kreuz hat Vorkehrungen getroffen, den Verarmten in Schneidemühl einen einigermaßen würdigen Empfang und einen erträglichen Aufenthalt zu bereiten. Die Optantenhilfe ist vom Roten Kreuz organisiert. Der preussische Staat baut das Werk weiter aus und bewilligt die Mittel. Die Flüchtlinge schlafen auf Holzprallen, Strohhäcken und Strohlagern. Die Hallen reichen in letzter Zeit bei weitem nicht mehr aus, den Strom der Menschenmassen unterzubringen. Deshalb mußten das Lehrerseminar und die Gebäude der 5. und 6. Gemeindefschule belegt werden. Mit einem so außerordentlichen Zustrom hatte man nicht gerechnet. Eine Riesenarbeit ist erforderlich, die immer neu eintreffenden Flüchtlinge zu verpflegen, sie unterzubringen und ihnen Arbeitsstellen zu vermitteln. Die Ausgewiesenen wissen wohl, daß es schwer ist, sich eine neue Existenz zu schaffen, doch sie sind nicht hoffnungslos. Geduldig stehen sie in langen Reihen an, um ihr Reisegeld zu empfangen oder um Kaffee und Essen zu erhalten. Zwei Drittel der täglich Eintreffenden werden bis zum Abend weitergeleitet, nachdem sie ihre Beizehrung (50 Mk. für Ledige und 200 bis 400 Mk. für Familien) erhalten haben.

New York, 1. August. (T.L.) In der Beurteilung der deutsch-polnischen Optantenfrage sind die amerikanischen Pressestimmen Deutschland nicht sehr günstig. Nur die „World“ vertritt den Standpunkt Deutschlands. Die polnischen Ausweisungen deutscher Optanten sei die größte Folge der oberirdischen Teilung. Für die gegenseitigen Ausweisungen sei Polen verantwortlich, während Deutschlands Handlungen nur in der Erregung von Gegenmaßnahmen bestünden. Außerdem seien die aus Polen ausgewiesenen Deutschen dort lange Zeit Anwesige, während die aus Deutschland ausgewiesenen Polen nur Saisonarbeiter seien.

Alle Radfahrer und Radfahrerinnen, die auf dem Boden der Luzerner Internationalen stehen, treffen sich am Sonntag, den 2. August, nachmittags 1 Uhr, im Lokal Ideal-Passage, Reutlingen, Weichselstraße 8. Bekleidung: Sporttraje; weißes Hemd erwünscht.

Noch eine Demonstration. Die kommunistische Jugend veranstaltete Donnerstagabend auf dem Laufiger Platz eine Protestkundgebung gegen die Polizeiübergriffe, die einen überaus schwachen Besuch aufwies. Das Ueberfallkommando der Schutzpolizei, das zur Sicherung der Straße bereitgestellt war, konnte bald wieder abfahren. Nach kurzen Ansprachen und einem Umzug unter Gesang löste sich das Ganze in mehr oder weniger Wohlgefallen, resp. im Regen auf. Allzuviel Demonstrieren wird auf die Dauer langweilig. Sie betreiben halt alles zu sportmäßig, unsere guten Radikalen.

Von Sonnabend, den 1. August 1925 ab hält der Filmzug 67 Dresden-Berlin an 9^h früh in Baruth (8^h) und der Filmzug 68 Berlin (ab 9^h nachm.)—Dresden in Baruth (10^h), Golßen (10^h).

Genosse Horst Bieler hält am kommenden Sonntag, vorm. 10 Uhr, in der Trinitatiskirche seine nächste religiöse Rede über das Thema lautet: „Du sollst nicht töten.“ Anlässlich der Erinnerung des Kriegsausbruchs wird um zahlreiche Beteiligung gebeten.

Die Typhuserkrankungen.

In Antkam haben sich einige Neuerkrankungen leichter Art ereignet, von denen jedoch noch nicht feststeht, ob es sich überhaupt um Typhuserkrankungen handelt. Aus Dittersleben wird keine Veränderung der Lage gemeldet. In Beckitz scheint die Gefahr überunden. Die Seuche ist völlig auf ihren Herd beschränkt. Ein neuerlicher Todesfall wird aus dem Solinger Bezirk gemeldet. Hier scheint trotz aller ärztlichen Bemühungen, die Epidemie noch im Fortschreiten zu sein. Die Stadterwaltung Solingen verbietet, um der Gefahr von Krankheitsübertragungen vorzubeugen, größere Versammlungen und Beronkaltungen. Jedemfalls kann aber gesagt werden, daß ein Grund zu ernsterer Besorgnis auch hier nicht vorliegt.

1270 Kilometer in 6 1/2 Stunden. Der Verkehrsminister des Aero-Klub Volke legte gestern die 1270 Kilometer lange Strecke Friedrichshagen-Berlin-Königsberg in der Rekordzeit von sechs Stunden und 40 Minuten zurück.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Biergarten. Die Genossen der 10., 11., 12. und 13. Abteilung, welche auch an der Bannerweihe teilnehmen, treffen sich um 12^h Uhr bei Köppler, Hirsburger Straße 3. Bitte vorhergehender genaue Berechnungen werden sich hierdurch auf. Regte Beteiligung der Genossen wird erwartet.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Gedächtnisfeier: Berlin 6. 11. Gebellstraße, 7/8. Hof 3. 12.
Gemeinschaft. Wie im Gedächtnisbild abgebildeten Kameraden, die nicht Mitglieder des R.S.B. sind, treffen sich am Mittwoch, den 2. August, ebenfalls 9 Uhr im Restaurant Wilhelmshof, Charlottenburg, Grenadierstraße 8 — Kameradschaft Biergarten. Sonntag, den 2. August, Kitzbühel der Gesamt-Kameradschaft Biergarten morgens 8^h Uhr, am Bahnhof Jungfernheide. Abreise sowie positive Kameraden haben zu erscheinen. — Kameradschaft Wedding. Die Zusammenkunft am 2. bis 16. August nicht fest. — Kameradschaft Friedrichshagen. Montag, den 2. August, abends 7^h Uhr. Treffen der gesamten Kameradschaft aller sowie passiver Mitglieder auf dem Schloß Dierheimstraße 6. Zweck: Erneuerung der Beziehungen. Alles muß erscheinen. Wer fehlt bekommt Ersatzfunktionen. — Kameradschaft Kreuzberg. Sonntag, den 1. August, abends 7 Uhr bei Bieler, Pfeifferstraße 70. Ansaß der Verfassungsschleiden und Wärmung. — Kameradschaft Wilmersdorf. Das Trommel- und Pfeifertorps tritt 9^h auf weiteres Leben Abend an der obersten Stelle. — Kameradschaft Alpendorf. Ortsgruppe Schönewald. Montag, 3. August, Empfang der Brandenburgischen Jugendgruppe. Die Kameraden werden ersucht, sich möglichst vollständig abends 6 Uhr am Bahnhof Schönewald einzufinden.

